

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

zu Beginn des Jahres mussten wir Ihnen eine traurige Nachricht übermitteln – den Tod von Prof. Dr. Konrad Weckerle. Heute wollen wir uns voller Tatkraft den politischen Herausforderungen des Jahres 2024 widmen.



Im Mittelpunkt stehen dabei die **Europawahlen am 9. Juni 2024**. Die CSU hat unseren stv. Parteivorsitzenden der CSU, **Europaabgeordneten Manfred Weber** erneut als Spitzenkandidaten für das Europäische Parlament aufgestellt. Manfred Weber, der auch Vorsitzender der EVP-Fraktion und EVP-Parteivorsitzender ist, kandidiert bereits zum fünften Mal für das Europäische Parlament. Im Anschluss finden Sie ein **Grußwort** von ihm, das er eigens für uns, die Senioren-Union, verfasst hat. Hierfür danke ich Manfred Weber ganz besonders und darf Sie, liebe Mitglieder, noch darauf hinweisen, dass nur die CSU allein mit einer rein bayerischen Liste für Europa antritt. Andere Parteien haben Kandidaten aus ganz Deutschland. Deshalb ist unser Motto: **Wer CSU wählt, wählt Kandidatinnen und Kandidaten aus Bayern für Bayern in Europa.**

Darüber hinaus wird mit Sicherheit das Thema Wirtschaft eine zentrale Bedeutung einnehmen. Hierzu hat der Parteivorstand in seiner Sitzung am vergangenen Freitag einen einstimmigen Beschluss gefasst: „**Bündnis für Mittelstand – Für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland**“.

Gerade für die älteren Menschen unverzichtbar ist eine **flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung**. Deshalb hoffen wir als SEN auf die schnelle Umsetzung des Krankenhaus-Programms der CSU-Landtagsfraktion.

In diesem Sinne Glück auf für 2024!

Herzlichst  
Ihr

Franz Meyer  
SEN-Landesvorsitzender

Liebe Mitglieder der Senioren-Union,

2024 wird das Europäische Parlament gewählt und eine neue Europäische Kommission gebildet. Was, schon wieder eine Wahl? Geht es Ihnen auch so wie manchen, die ich in den letzten Tagen getroffen habe? Ja, am 9. Juni es steht die Europawahl an – und diese Wahl ist wichtiger denn je.

Die Welt ist - so ist meine Wahrnehmung - ein Stück in Unordnung. Schon der verbrecherische Angriff von Putin-Russland auf die Ukraine hat zu tiefgreifenden Veränderungen in der europäischen Sicherheitsstatik und vielen anderen Bereichen geführt, die unmittelbare Auswirkungen auf jeden einzelnen haben. Der menschenverachtende Hamas-Terrorüberfall auf Israel und die Zuspitzung einer ohnehin sehr komplizierten und problematischen Sicherheitslage im Nahen Osten zeigt, dass diese Entwicklung leider beileibe nicht gestoppt ist, sondern eher fortgeschrieben wird.

Wir Europäerinnen und Europäer in der EU haben das große Glück, dass wir dank des Falls des Eisernen Vorhangs und der klugen Osterweiterung der EU von Freunden umgeben sind. Mehr noch: Die EU-Staaten halten weitgehend zusammen. Dies garantiert uns in Deutschland seit über 70 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand.



Unsere Welt ist im rasanten Wandel. Die Machtverhältnisse verschieben sich. In dieser Welt von morgen werden die Europäer nur noch eine Rolle spielen, wenn sie gemeinsam auftreten. Auch Deutschland allein ist nicht mehr stark genug. Wir dürfen nicht zum Spielball anderer werden, sonst sind Frieden, Freiheit und Wohlstand bedroht.

Nun geht es darum, Europa langfristig stabil zu halten, um den Menschen Sicherheit zu geben und der jungen Generation eine gute Zukunft zu ermöglichen. Dann werden auch die älteren Generationen ihrerseits alle Chancen haben, ein gutes Leben weiterzuführen, das sie sich verdient haben. Dies zu erreichen, ist für mich ein ganz großer innerer Antrieb.

Sie entscheiden, wie es mit diesem Europa, das nicht selbstverständlich ist, weitergeht. Sie entscheiden, ob unser Bayern in diesem Europa weiterhin eine starke Stimme hat und gehört wird. Nur die CSU garantiert eine echte bayerische Vertretung in Brüssel und Straßburg und hat Kandidatinnen und Kandidaten aus vielen Generationen, aus allen Landesteilen und aus einem großen Querschnitt der Berufs- und gesellschaftlichen Gruppen auf ihrer Liste. Deshalb meine Bitte: Nutzen Sie die kommenden Gelegenheiten, Ihre Vorschläge für und Ihre Kritik an der EU vorzubringen! Diskutieren und entscheiden Sie über die künftige EU mit! Es braucht die Stimme der erfahrenen Bürgerinnen und Bürger. Es ist auch Ihr Europa.

Ihr

Manfred Weber, MdEP  
CSU-Spitzenkandidat zur Europawahl  
EVP-Fraktions- und Parteivorsitzender

Presseinformation

31.01.2024

## **Senioren-Union erhofft sich schnelle Umsetzung des Krankenhaus-Programms der CSU-Landtagsfraktion**

### **Wohnortnahe, flächendeckende Versorgung gerade für die älteren Menschen unverzichtbar**

Die Senioren-Union der CSU begrüßt den 15-Punkte-Plan zur Krankenhausversorgung im ländlichen Raum. „Gerade für die ältere Generation ist es wichtig, dass eine solide stationäre Versorgung im Krankheitsfall flächendeckend verfügbar ist und sich nicht auf die städtischen Räume konzentriert. Das ist für uns ein wichtiges Ziel der Gesundheitspolitik in Bayern“, hebt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren Union der CSU (SEN) hervor. „Vorrangig muss es daher sein, in allen Regionen Bayerns die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser zu verbessern und die Arbeit der Krankenhäuser auf eine gesunde Basis zu stellen.“

Viele Forderungen, die die Senioren-Union der CSU im gesundheitspolitischen Bereich erhebt, finden sich in der Resolution der CSU-Fraktion zur Krankenhaussituation, die bei der Arbeitstagung in Kloster Banz verabschiedet wurde, wieder. Daher begrüßt die Arbeitsgemeinschaft der CSU diese Vorlage und wird sich dafür einsetzen, dass die Ziele des 15-Punkte-Plans zügig umgesetzt werden.

Ergänzt werden sollte aus der Sicht der Senioren-Union der CSU, dass nicht nur die Krankenhausversorgung von Kindern und Jugendlichen Besonderheiten aufweist und deshalb in der Gesundheitspolitik besonders berücksichtigt werden müssen. „Gerade für ältere Menschen wäre es wichtig, dass die geriatrischen Fachabteilungen in den Krankenhäusern ausgebaut werden und insgesamt die geriatrische Versorgung in Bayern sichergestellt ist“, unterstreicht Dr. Christian Alex, Leiter der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege im Landesvorstand der Senioren-Union. „Insgesamt muss es die Zielsetzung der Gesundheitspolitik in Bayern sein, allen Bürgerinnen und Bürgern und besonders damit auch der älteren Generation eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung gesichert anzubieten. Dazu gehören insbesondere die Notfallversorgung, die entsprechend ausgestatteten Krankenhäuser, die Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste, aber auch die Erreichbarkeit von Apotheken. Das alles darf kein Privileg der städtischen Regionen sein.“



## **Bündnis für Mittelstand – Für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 26. Januar 2024**

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird von der Ampel schlecht regiert. Während die meisten Volkswirtschaften in der OECD wachsen, befindet sich Deutschland in der Rezession. Insbesondere unseren Mittelstand, dem Rückgrat für Wohlstand und gute Arbeitsplätze, stößt die Ampel mit ihrer dirigistischen Politik ein ums andere Mal vor den Kopf. Wir brauchen eine neue Hinwendung zu mehr Leistungsbereitschaft. Deshalb schmieden wir ein *Bündnis für Mittelstand - Für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland*.

### **1. Mittelstand fördern, bezahlbare Energie sichern**

Deutschland braucht eine Wachstumsagenda. Dazu gilt es, Haushaltsmittel auf Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren, nicht auf teure und bürokratische Ideologieprojekte, wie das Heizungsgesetz oder das Bürgergeld. Diese gehören wieder abgeschafft. Unser Mittelstand muss entlastet werden.

- **Unternehmenssteuern senken.** Die Steuern auf im Unternehmen verbleibende Gewinne müssen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent gesenkt werden. Auch die Lohnnebenkosten in Deutschland müssen wettbewerbsfähig bleiben.
- **Mehrarbeit belohnen.** Dazu gilt es, Überstunden steuerfrei zu stellen und Hinzuverdienste in der Rente attraktiver zu gestalten.
- **Bürgergeld abschaffen.** Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Deshalb gilt es, das leistungsfeindliche Bürgergeld wieder abzuschaffen. An dessen Stelle soll unter dem Namen Sozialhilfe eine soziale Stütze ausschließlich für Bedürftige treten.
- **Bürokratie bekämpfen.** Berichtspflichten für Unternehmen müssen reduziert werden. Es braucht auch auf Bundesebene ein echtes Belastungsmoratorium und ein Entrümpelungsgesetz, das unnötige Gesetze und Vorgaben abschafft. Auch das Arbeitszeitrecht braucht ein Update: Mehr Flexibilität statt starrer Vorgaben.
- **Erbschaftsteuer reformieren.** Die Erbschaft- und Schenkungsteuer in jetziger Form ist ungerecht. Deshalb klagen wir vor dem Bundesverfassungsgericht. Es braucht eine Erhöhung der Freibeträge und eine Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Wir wollen keinen Ausverkauf unserer Heimat, weder für unsere Elternhäuser noch für unsere Unternehmen.

Um Wohlstand und Wachstum gewährleisten zu können, braucht Deutschland sichere und bezahlbare Energie – ohne Denkverbote statt mit ideologischer Verengung. Insbesondere unser Mittelstand leidet unter den hohen Energiepreisen, sie sind ein entscheidender Wettbewerbsnachteil.

- **Kernkraft verlängern.** Deutschland muss langfristig mit Kernkraft planen. Sie ist grundlastfähig und klimafreundlich. Es braucht eine Offensive für moderne kleine Reaktoren und Forschung an der Kernfusion. Die bestehenden Kraftwerke müssen reaktiviert werden. Wer Kernkraft importiert, kann sie nicht im eigenen Land verteufeln.
- **Heimatenergien ausbauen.** Deutschland muss alle Potentiale der Erneuerbaren Energien voll ausnutzen. Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie, alle müssen gleichberechtigt gefördert und beschleunigt ausgebaut werden.
- **Energiepreise senken.** Neben der Ausweitung des Angebots, um Preise zu senken, bedarf es auch Steuer- und Abgabensenkungen. Die Stromsteuer muss rasch für alle auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.

## **2. Ampel-Irrweg stoppen, wichtige Branchen des Mittelstands schützen**

Wir stellen uns gegen die wirtschaftsfeindliche Ampel-Politik. Sie stellt einen Angriff auf wichtige Branchen unseres Mittelstands dar. Im Bündnis mit unseren Landwirten, Gastronomen, Handwerkern und Spediteuren fordern wir:

- **Landwirtschaft:** Wir haben in Bayern einen Zukunftsvertrag mit der Landwirtschaft geschlossen und 2021 im Bund die sog. „Landwirtschaftsmilliarde“ durchgesetzt. Diese Milliarde muss fortbestehen, auch im Bund braucht es einen Zukunftsvertrag. Unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit. Die einseitigen Belastungen der Ampel gegen die Landwirte müssen zurückgenommen werden. Die Kfz-Steuerbefreiung muss dauerhaft bleiben und die stufenweise Abschaffung der Agrardieselmrückvergütung entfallen. Ablenkungsmanöver der Ampel wie die Einführung einer Tierwohlabgabe oder eines „Bauern-Soli“ lehnen wir ebenso ab wie Flächenstilllegungen. Auch die Bürokratie für Landwirte gilt es zurückzufahren, insbesondere in Verbindung mit der GAP-Förderung auf EU-Ebene.
- **Gastronomie:** Wir als CSU haben die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie 2020 durchgesetzt. Die Ampel hat ihn nun, entgegen des Versprechens von Bundeskanzler Olaf Scholz, wieder erhöht. Wir wollen den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Speisen in der Gastronomie schnellstmöglich wiedereinführen.
- **Handwerk:** Wir haben in Bayern als erstes Bundesland den Meister kostenfrei gestellt und einen Tag des Handwerks in der Schule eingeführt. Diese Impulse braucht das Handwerk bundesweit. Ausschreibungsgrenzwerte für EU-weite Ausschreibungen gilt es zu erhöhen. Um die Konjunktur im Baugewerbe anzukurbeln, hat Bayern ein eigenes Baukonjunkturpaket mit Zinsvergünstigungsprogrammen und Zuschüssen aufgelegt. Auch der Bund muss die Konjunktur im Bausektor stützen.
- **Transportgewerbe:** Die Doppelbelastung durch den CO<sub>2</sub>-Preis und den CO<sub>2</sub>-Zuschlag auf die LKW-Maut muss reduziert werden. Für den Klimaschutz im Transportgewerbe muss stattdessen die Nutzung von Biokraftstoffen erleichtert und alternative Antriebe sowie die dazugehörige Infrastruktur gefördert werden. Dabei sind auch moderne, effiziente Verbrenner nicht ideologisch auszuschließen.